

# Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

April 2019

## Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

es sind gefühlt unruhige Zeiten, in denen wir leben. Überall sind Menschen und Medien im Krisenmodus: Klima, Digitalisierung, Diesel, Kriminalität, Wohnen. Es sind Herzenthemata der Menschen, deren überzeugende Gestaltung ein gutes gesellschaftliches Leben erst ermöglicht. Es sind Themen, die von der Politik unter Hochdruck und unter Beachtung des Gemeinwohls bearbeitet werden. Das Klimagesetz befindet sich in der Ressortabstimmung, der Digitalpakt wurde verabschiedet und die Strategie zur Künstlichen Intelligenz wurde erstellt, das Gesetz zur Verhinderung von Fahrverboten in Städten wurde eingeführt, die Kriminalität sinkt durch jahrelange Sensibilisierung und den Einsatz einbruchshemmender Maßnahmen stark, die Ergebnisse des nationalen Wohngipfels werden ebenfalls nach und nach von Bund und Ländern abgearbeitet.

Was allerdings bei der Antwort auf die soziale Frage des Wohnens nicht hilfreich ist, sind Querschüsse von Grünen und Linken zum Thema Enteignungen von Immobilienunternehmen. Private Immobilienunternehmen verlangen sogar oftmals niedrigere Mieten als städtische Immobilienunternehmen. Wohnraum schafft man nicht durch Enteignungen, wie sie von Grünen und Linken gefordert werden. Durch Enteignungen entsteht nicht eine Mietwohnung zusätzlich, sondern im Gegenteil: Investoren werden abgeschreckt. Wir in der Union kennen den richtigen Ansatz: Bauen, bauen, bauen.

Wir gründen unsere Baupolitik auf vier Säulen: Erstens brauchen wir deutlich mehr Bauland. Zweitens müssen wir effizienter und schneller bauen können. Drittens benötigen wir genügend Finanzmittel für Bauvorhaben. Und viertens darf der ordnungspolitische Rahmen, das Mietrecht, keine unverhältnismäßigen Hürden aufbauen, die eine Bautätigkeit verhindern.



Bauland werden wir nur gewinnen, wenn auch die Länder und Kommunen mitwirken. Ein „Musterbeispiel“ ist das rot-rot-grün regierte Land Berlin. Wenn man das mit rund 300 ha große Tempelhofer Feld mitten in der Stadt vollkommen brach liegen lässt – wie viele weitere Freiflächen in der Stadt – muss man sich nicht wundern, wenn die Menschen mangels Wohnraum auf die Straße gehen.

In diesem Newsletter befasste ich mich in dieser Woche mit den drei beschlossenen Verlängerungen der Bundeswehreinräte in Mali und vor Somalia. Meine diesbezügliche Rede finden Sie ebenso in meinem Brief aus Berlin, wie den Hinweis auf die Debatte zu vorgeburtlichen Bluttests und der deutschen humanitären Hilfe von 2014 bis 2017. Die Zahlen und Fakten widmen sich in dieser Woche mit der Anzahl der Besuche auf Nachrichtenportalen und dem Body-Mass-Index.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

*Markus Koob*



# Blick auf die aktuellen politischen Themen

Vorgeburtliche Bluttests • Bundeswehrmandate • Meine Rede zu MINUSMA • Bericht zur humanitären Hilfe • Zahlen & Fakten

## Orientierungsdebatte:

### Vorgeburtliche Bluttests

**W**ir haben in einer vereinbarten Orientierungsdebatte die Frage beraten, ob und inwieweit die Kosten neuer Diagnosemöglichkeiten zur Früherkennung des Downsyndroms durch die Krankenkassen übernommen werden sollen. Es ist eine schwierige ethische Herausforderung – zwar ist ein Bluttest deutlich risikoärmer als die bisher eingesetzte Fruchtwasseruntersuchung. Gleichzeitig wird damit gerechnet, dass eine leichtere Verfügbarkeit einer Untersuchung zu einer zunehmenden Selbstverständlichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen bei Kindern mit Downsyndrom führen wird. In der Debatte wollten wir die nötige gesellschaftliche, sozialetische und politische Klärung voranbringen. ■

## Mali & Somalia:

### Verlängerung der Bundeswehreinsätze

**S**eit 2013 beteiligt sich die Bundeswehr an dem Einsatz der Vereinten Nationen zur Stabilisierung der Lage in Mali (MINUSMA). Dieser Einsatz spielt eine wichtige Rolle weit über den Staat Mali hinaus, er trägt zu einer Befriedung der Sahel-Region an sich bei. Die Obergrenze bleibt auf bis zu 1.100 Soldaten festgelegt. Mit einer Befriedung und einer Unterstützung der Aussöhnung in Mali geht auch ein Beitrag zum Schutz für Zivilpersonen einher. Der Einsatz erlaubt einen Wiederaufbau des malischen Sicherheitsapparats und die Herstellung der staatlichen Autorität im ganzen Land. Dies ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen

den internationalen Terrorismus, dem so seine Rückzugsräume genommen werden. Wir berieten den Antrag der Bundesregierung, die Beteiligung der Bundeswehr hierbei um ein weiteres Jahr bis zum 31. Mai 2020 zu verlängern. Meine Rede zu diesem Antrag können Sie hier ebenfalls lesen oder sich auf [www.markus-koob.de](http://www.markus-koob.de) ansehen.

Als Ergänzung des VN-Einsatzes MINUSMA beantragte die Bundesregierung auch eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an dem in Mali laufenden EU-Mandat zur Ausbildung der malischen Streitkräfte bis zum 31. Mai 2020. Neben der Bundeswehr, die bis zu 350 Soldaten für diese Mission stellen soll, sind weitere 23 Nationen eingebunden. Dieser Einsatz trägt nachhaltig zur Verbesserung der Fähigkeiten der malischen Sicherheitskräfte, und damit zur dauerhaften Befriedung der Region bei.

Wir beraten den Antrag der Bundesregierung auf eine Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an der EU-Mission bis zum 31. Mai 2020. Für die Operation zum Schutz der internationalen Seewege und zur Verhinderung von Piraterie vor der somalischen Küste soll die Bundeswehr nun bis zu 400 Soldaten stellen können – dies stellt eine Reduzierung der bisherigen Höchstgrenze von 600 Personen dar, die aufgrund des Erfolgs der Mission möglich wird. Seit die Mission im Jahr 2008 eingerichtet wurde, ist die Lage vor Ort deutlich sicherer geworden, selbst wenn die Piraterie in Somalia noch nicht vollständig unter Kontrolle gebracht werden konnte.

Wer Frieden und Wohlstand in Afrika, und damit auch die Fluchtursachen bekämpfen möchte – und das möchten wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – der muss auch Verantwortung für die Friedensherstellung und -wahrung übernehmen. ■



### **Rede:**

## **Fortsetzung deutscher Beteiligung an MINUSMA (Mali)**

**H**err Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte die Freude, als einer von drei Bundestagsabgeordneten an der Reise, die Außenminister Maas hier schon angesprochen hat, teilnehmen zu können. In der Öffentlichkeit ist überwiegend über kaputte Flugzeuge bei dieser Reise berichtet worden. Damit tut man, finde ich, all den Menschen, die dort unten ihren Dienst leisten, sei es in militärischen, sei es in zivilen Organisationen, unrecht; denn es lohnt sich an dieser Stelle durchaus, genauer hinzuschauen und sich nicht mit irgendwelchen Scheindebatten zu begnügen.

Wir dürfen dieses MINUSMA-Mandat, über das wir heute reden, nicht isoliert betrachten; auch das ist in den Worten des Außenministers richtigerweise zum Ausdruck gekommen. Wir haben zum einen dieses MINUSMA-Mandat im Norden, in Gao, das dafür da ist, dass dort die Entwicklung gesichert werden kann. Wir haben außerdem noch die Ausbildungsmission EUTM Mali, über die wir heute Nachmittag noch reden, und wir haben natürlich auch das zivile Engagement unserer NGOs, aber auch anderer NGOs. Wir hatten die Gelegenheit, dort unten mit Vertreterinnen und Vertretern der GIZ und auch von KfW zu sprechen. Es ist völlig klar, dass dieser Einsatz eben auch tatsächlich vernetzt ist. Ohne die Sicherheit, die die Soldatinnen und Soldaten dort garantieren, gibt es kein ziviles Engagement, und ohne das zivile Engagement gibt es auch keine Perspektive, dass wir jemals auf das militärische Engagement verzichten können.

Insofern brauchen wir an dieser Stelle beides. Dieser Einsatz im Norden Malis im Rahmen von MI-

NUSMA ist in vielerlei Hinsicht ein sehr schwieriger Einsatz. Das fängt beim Klima an und geht bei der Sicherheitslage weiter. Ich muss sagen: Es war mein erster Besuch in einem Bundeswehrcamp im Ausland. Wenn man das erste Mal an einem Ehrenhain steht, an dem man den Tod deutscher Soldaten betrauern muss, spürt man richtigerweise die gesamte Verantwortung, die wir Bundestagsabgeordnete bei diesen Entscheidungen tragen. Unser Ansatz muss es sein, dass wir dafür Sorge tragen, dass die Soldatinnen und Soldaten gesund wieder nach Hause kommen können.

Wir haben diese Verantwortung dort auch ganz hautnah erlebt. Vier Tage vor unseren Besuch bei der EU-Ausbildungsmission ist nämlich ein Anschlag auf dieses Lager verübt worden, bei dem es auch Tote gegeben hat. Bei den deutschen Bundeswehrsoldaten ist Gott sei Dank niemand zu Schaden gekommen. Aber das zeigt eben auch: Diese Mission im Herzen Malis, in der Nähe von Bamako, der Hauptstadt, ist nicht ohne, ist eine sehr gefährliche Mission. Vor diesem Hintergrund müssen wir, glaube ich, als Deutscher Bundestag unseren Soldatinnen und Soldaten hier den Rücken stärken.

Eines ist für mich wirklich sehr beeindruckend gewesen: Ich habe mit den Soldatinnen und Soldaten, aber auch den Bundespolizisten vor Ort einmal über die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieses Einsatzes geredet, und ich muss sagen, dass ich persönlich noch nie von dem Sinn eines Einsatzes so überzeugt war wie bei diesem. Jede Soldatin, jeder Soldat, jeder Bundespolizist, mit dem oder der man sich dort unten unterhalten hat, hat gesagt: Wir tun hier eine gute, notwendige und sinnvolle Arbeit. - Deshalb sollten wir als Deutscher Bundestag, wie gesagt, unseren Soldatinnen und Soldaten und Polizisten auch entsprechend den Rücken stärken.

Wir haben auch erlebt, dass die Sicherheitslage in diesem Land leider tatsächlich immer schwieriger

wird, insbesondere auch im Zentrum. Es gibt zunehmend Anschläge in der Nähe von Bamako. Erst vor zwei Wochen gab es wieder einen verheerenden Anschlag mit über 150 Toten. Die Frage wird sein: Wie können wir im gesamten Land oder zumindest im besiedelten Teil Malis möglichst hohe Sicherheitsstandards herstellen können? Das wird nicht einfach; aber MINUSMA leistet an dieser Stelle - völlig klar - einen Beitrag dazu. Die Union wird deshalb der Verlängerung des Mandats zustimmen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch zwei persönliche Bemerkungen machen. Die eine betrifft meinen ersten Besuch bei Bundeswehrosoldatinnen und -soldaten in diesem Camp in Gao, über den ich eben schon berichtet habe. Ich möchte hier ganz herzlich für den Einsatz danken, der dort geleistet wird. Es ist eine fantastische Arbeit, die dort gemacht wird. Die internationale Zusammenarbeit mit den anderen Soldatinnen und Soldaten funktioniert hervorragend. Die deutschen Soldatinnen und Soldaten werden über die Maßen für ihre Arbeit geschätzt. Ich glaube, das sollten wir als Deutscher Bundestag auch entsprechend honorieren und zum Ausdruck bringen. Ich bedanke mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für die Gastfreundschaft, die wir an diesem Tag in diesem Camp erleben durften.

Ich komme zu meiner zweiten Bitte; das ist mir ein Herzensanliegen. Es war nicht nur mein erster Besuch in einem Bundeswehrlager im Ausland, sondern auch der erste Besuch in Afrika. Es ist eigentlich unmöglich, diesen Kontinent nicht zu mögen, wenn man die Menschen in Afrika einmal persönlich erlebt hat. Deshalb möchte ich an uns im Hohen Haus appellieren, dass wir, wenn wir über Afrika reden, nicht immer nur über die Probleme reden - über das, was nicht funktioniert -, über Krieg, Sicherheitslage, Krisen, Gesundheitsprobleme, sondern als Bundestag versuchen, die Entwicklungen in Afrika, die unbestritten positiv sind und eine Perspektive für den Kontinent eröffnen, zu benennen und einen Beitrag dazu leisten, sie zu verstetigen.

In diesem Sinne werden wir diesem Mandat zustimmen, der einen Teil dazu beiträgt, dass das Land Mali eine positive Entwicklungsperspektive haben wird.

Vielen Dank. ■

[Impressum und Kontakt](#)  
Markus Koob MdB  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel 030/227-75549  
[markus.koob@bundestag.de](mailto:markus.koob@bundestag.de)  
[www.markus-koob.de](http://www.markus-koob.de)

## **Bericht der Bundesregierung:**

### **Humanitäre Hilfe**

**A**ngesichts der Vielzahl bewaffneter Konflikte und Naturkatastrophen weltweit hat Deutschland seine Hilfsleistungen für die internationale Gemeinschaft deutlich verstärkt. So ist unser Land im Jahr 2017 zum zweitgrößten bilateralen humanitären Geber herangewachsen – mit einem Soll-Ansatz von rund 1,2 Milliarden Euro. Auch in der Gestaltung und Weiterentwicklung des internationalen Systems zur Hilfe hat Deutschland mehr Verantwortung übernommen. Die Entschließung des Bundestages würdigt auch das Engagement der deutschen und internationalen Hilfsorganisationen und bestärkt die Bundesregierung in ihrer gewachsenen Rolle als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. ■

## **Zahlen und Fakten I:**

### **Bild.de meistgeklickt**

**E**ine aktuelle Statistik zeigt die Anzahl der online und mobilen Besuche der Nachrichtenportale in Deutschland im März 2019. Bild.de verzeichnete in diesem Zeitraum laut Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) rund 482,22 Millionen Besuche. Auf dem zweiten Platz folgt mit rund 271,67 Millionen Besuchen Spiegel Online. Rang drei geht an die Nachrichten-App upday mit rund 213,34 Millionen Besuchen. Es folgen Focus Online (194 Millionen), n-tv.de (152 Millionen) und Die Welt (130 Millionen). (Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.; Statista) ■

## **Zahlen und Fakten II:**

### **53% sind übergewichtig**

**W**ie das Statistische Bundesamt anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April mitteilte, waren nach Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2017 rund 53 % der Bevölkerung ab 18 Jahre gemäß der festgelegten Definition der WHO übergewichtig. Der BMI wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird. Die WHO stuft Erwachsene mit einem BMI über 25 als übergewichtig ein. Mit einem Wert über 30 gelten Erwachsene als stark übergewichtig. Der Anteil der adipösen Menschen betrug 2017 rund 16 %. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Weltgesundheitsorganisation) ■